



Kostenlos Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 234

Wilhelmshaven

März 2008

Fanmeile am Meer

E.ON prophezeit Pilgerströme zum neuen Kraftwerk -Seite 3-



Tatsachen

Auch wenn der Oberbürgermeister immer noch den Unwissenden spielt: Die Industrie will den Rüstereieler Groden mit Kohlekraftwerken dichtpflastern. Jetzt steht das E.ON-CO₂-Kraftwerk auf dem Programm. Auf Seite 3 gibt es einen Bericht über die fleißige Lobbyarbeit des Energieriesen.

Klimaschutz und neue Kohlekraftwerke – ein unauflösbarer Widerspruch. Rainer Baake von der Deutschen Umwelthilfe gab den WilhelmshavenerInnen eine lohnende Lehrstunde in Sachen Klimaschutz, wie Sie auf Seite 4 nachlesen können.

Das Rauchen wird zu einem Problem. Grund dafür ist das Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens. Auf Seite 6 erfahren Sie, mit welchen Tricks Gastwirte versuchen, das Gesetz zu umschiffen.

Arbeitslos und krank – da kommen echte Probleme auf die betroffenen Menschen zu. Wir fragen auf Seite 7, ob nur noch Millionäre es sich leisten können, krank zu werden.

Einige interessante Ratssplitter haben wir auf Seite 8 zusammengeklebt.

Ebenfalls auf der Seite 8 finden Sie unsere Empfehlung für ein starkes Stück der Landesbühne.

Seit vielen Monaten sitzen ganze Legionen von Gutachtern daran, den Wilhelmshavener Bürgern die Baumaßnahmen auf den Grodenflächen mit dem Prädikat „Alles völlig ungefährlich“ schmackhaft zu machen. Wir berichten auf Seite 9 über Voslapper Bürger, die die Gutachten mit den Tatsachen verglichen haben.

Auf Seite 10 gibt es wieder interessante Fälle aus dem großen Bereich der Rechtsprechung im Zusammenhang mit den Hartz-Gesetzen.

Was gibt es nach der Landtagswahl Neues im Schulbereich? Wir plaudern auf Seite 11 darüber.

Warnstreik in Wilhelmshaven! Wir dokumentieren auf Seite 12 die Rede des Vorsitzenden der ver.di-Fachgruppe Gemeinden vom Morgen des 19. Februar.

Und wie immer finden Sie quer durchs Heft gestreut weitere Informationen und Termine.

www.gegenwind-whv.de

meldungen

Kein Spaß mehr

Der Nautimo-Geschäftsführer Friedhelm Raatz hat dem Wilhelmshavener Spaß-Bad den Rücken zugekehrt. Die Gründe dafür sind schnell benannt: Raatz hatte grundsätzlich andere Vorstellungen, wie das Bad zu führen ist, welche Richtung das Bad nehmen soll. Mehr Spaßbad, mehr Anziehungspunkt für Touristen – das waren wohl die Eckpfeiler, um mit dem Bad Geld verdienen zu können.

Da aber mit dem Bau des Spaßbades Nautimo der Abriss des Hallenbades und des Kurbades Gesundbrunnen einherging, war klar, dass ans Nautimo andere Ansprüche gestellt werden. Das ging los mit der Rheumaliga, ging über den Vereinssport bis hin zu den Leuten, die einfach aus sportlichen Gründen ins Schwimmbad wollten.

Nun wird ein neuer Geschäftsführer für ein Bad gesucht, welches kein Spaßbad, aber auch kein Schwimmbad ist. Wie sagt man in Wilhelmshaven? "Wie immer - nichts Halbes und nichts Ganzes." (hk)

Ratten

Haben Sie am 26. Februar in der WZ, der NWZ oder dem JeWo den Kommentar "Schwere Hypothek" von Rolf Seelheim, dem Chefredakteur der NWZ, gelesen? Herr W. hat ihn gelesen und findet, dass darin eine Partei und Ihre WählerInnen verunglimpft werden. Seelheim hatte u.a. geschrieben: "Politiker wie Beck spielen den Rattenfängern am linken und rechten Rand des Spektrums in die Hände", wobei mit den "Rattenfängern" die PolitikerInnen der Partei Die Linke gemeint sind und mit Neonazis in einen Topf geworfen werden. Für Herrn W. ist damit der Straftatbestand des § 130 Abs. 2 Nr. 1 a) StGB erfüllt: "Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer Schriften, die ... die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, dass Teile der Bevölkerung ... böswillig verächtlich gemacht werden, verbreitet." Nicht nur die Partei Die Linke, sondern auch ihre Sympathisanten und Wähler werden durch den Kommentar verunglimpft. Ratten gelten als gefährliche Schädlinge, die eliminiert werden müssen. Die so Beleidigten und Bedrohten "haben nicht das Recht, sich gewaltsam an Herrn Seelheim für die erlittene Schmähung zu rächen"; ihre Genußtuung ist "vielmehr Sache der staatlichen Strafrechtspflege". Und deshalb hat Herr W. am 27. Februar bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Herrn Seelheim erstattet. (noa)

Rücktrittsforderungen

Der Konflikt innerhalb der Wilhelmshavener SPD wird immer offener ausgetragen. So sprach der SPD-Ortsverein West der Ratsfraktionsspitze sein Misstrauen aus. Im Zentrum der Kritik steht einem Bericht der Wilhelmshavener Zeitung vom 29. Februar zufolge der Fraktionsvorsitzende Siegfried Neumann. "Die Genossen des ohnehin von der Parteispitze als 'aufmüpfig' eingestuften Ortsvereins werfen ihm 'inhaltliche Stagnation', 'selbsterhlichen Führungsstil' und 'mangelnde Diskussionskultur' vor, die die Partei für engagierte Mitglieder unattraktiv mache und neue Mitglieder abschrecke." Die Jungsozialisten fordern Neumann gar zum Rücktritt auf. In einer Pressemitteilung vom 29. Februar schreiben sie: "Die Jusos Wilhelmshaven sprechen dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Rat der Stadt Wilhelmshaven, Siegfried Neumann, nach einstimmigem Kreisvorstandsbeschluss vom Donnerstag das Misstrauen aus und fordern ihn zum sofortigen Rücktritt von seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender auf." Der stellvertretende Juso-Kreisvorsitzende Andreas Art stellt fest, dass "ein nötiger Umbau der SPD in Wilhelmshaven zu mehr Transparenz und sachlicher politischer Streitkultur nur ohne Siegfried Neumann möglich ist, da dies in der letzten Zeit immer wieder von ihm blockiert oder im Keim erstickt wurde."

Doch es geht nicht nur um Siegfried Neumann, es geht insgesamt um die Spitze der SPD-Ratsfraktion, die in Verhandlungen mit der CDU eine große Koalition in Wilhelmshaven anstrebt.

In einer Presseerklärung vom 27. Februar schreiben die Jusos: "Geschlossen stellen sich die Wilhelmshavener Jusos gegen die Pläne der SPD-Ratsfraktion, die zusammen mit der CDU-Ratsfraktion eine Große Koalition im Rat der Stadt Wilhelmshaven planen. Die Jusos sehen in einer Großen Koalition den falschen Weg für Wilhelmshaven. 'Eine Große Koalition, die nur auf die Sicherung von Machtverhältnissen von bestimmten Parteifunktionären pocht, statt die für Wilhelmshaven notwendigen Impulse zu setzen, ist der falsche Weg für die Zukunft unserer Stadt', so Jörn Dittrich, Juso-Kreisvorsitzender." (hk)



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**
Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Wo kaufen die Wilhelmshavener?

Diese Frage stellte sich nach der Lektüre eines Artikels im Wilhelmshavener Anzeigenblatt "Guten Morgen Sonntag" vom 10. Februar. Unter der Überschrift "Der traditionelle Einzelhandel hat eine Chance" kam hier der Vorsitzende des City Interesses Verbandes, Andreas Jacobs, zu Wort. Er stellte sein Konzept für die Wilhelmshavener Innenstadt vor. Jacobs' Plan "mehr kleine exklusive Geschäfte mit guter Beratung und speziellem Service, die etwas Spannendes anbieten" findet durchaus die Zustimmung der Gegenwind-Redaktion. Doch wer kauft in Wilhelmshaven ein? Auch darauf weiß Jacobs eine Antwort: "40 Prozent derjenigen, die hier einkaufen, kommen aus ganz Niedersachsen, 20 Prozent aus Bremen und noch einmal 20 Prozent aus Nordrhein-Westfalen." – Da wären wir also schon bei 80 Prozent. Und die restlichen 20 Prozent werden dann wohl die Wilhelmshavener Bürgerinnen und Bürger sein. Kann aber auch nicht sein, denn: "Von den Touristen, die Wilhelmshaven besuchten, kämen 60 Prozent, um einzukaufen." Dahinter werden sich dann wohl die noch fehlenden 20 Prozent verbergen. Und die Wilhelmshavener? Gibt es sie noch? Leben wir in einer Geisterstadt mit Einkaufsmeile? (hk)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwoch;
Druck: Papudis; Auflage: 4.400 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven, Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 05.03.2008
Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Jonathan



Naturkost

Gewürz-Traum-Reisen

mit den Bio-Feinschmecker-Gewürzmischungen von Herbaria:

Wilde Hilde * Gärten von Siam * Neptuns Traum * Duft der Macchia * Kürbiskönig
Himmel auf Erden * Große Karawane * Ruf der Oase * Buddhas Bauch

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Mekka am Meer

Nun ist es endlich raus: Wilhelmshaven wird Standort für drei Kohlekraftwerke

(iz/hk) Monatelang stritten sich Stadt und Kraftwerksgegner um die Zahl der konkreten Kraftwerksplanungen. Aus dem Rathaus hagelte es Vorwürfe wegen angeblicher Panikmache. Doch auf der Informationsveranstaltung der E.ON bestätigten Mitarbeiter des Konzerns jetzt die Befürchtung besorgter BürgerInnen, dass mindestens drei Dreckschleudern parallel in Betrieb sein werden.

Über hundert Interessierte kamen zur Infoveranstaltung in die Stadthalle. Auf dem Podium saßen neben führenden Mitarbeitern der E.ON auch OB Menzel sowie der Arbeitsmediziner Lichtnecker von der Uni Düsseldorf, der bereits auf der Debatte zur Ärzteinitiative unangenehm aufgefallen war. Als Moderator stellte sich Michael Diers (Redakteur bei Radio Jade) zur Verfügung.

Nachdem der Rat der Stadt kurz zuvor (bei 8 Gegenstimmen) die Bauleitplanung für das Electrabel-Kraftwerk durchgewunken hatte, zeigte sich der OB in seinem "Impulsreferat" bereits sicher, dass es auch für das E.ON-Kraftwerk "Mehrheiten im Rat" geben wird. Mit einem solchen "Impuls" kann man sich eine "offene" Diskussion gleich schenken und alle hätten nach Hause gehen können, aber das Drehbuch wurde durchgezogen. Menzel lobte erneut das bestehende, 32 Jahre alte E.ON-Kraftwerk als "Pionier der Rauchgasentschwefelung", das "in die industrielle Situation der Stadt" passe. Wenigstens räumte er ein, dass die drohende Energielücke, die am gleichen Tag von der IHK in der Presse beschworen wurde, vor allem die Industrie betrifft. Der OB ist sich sicher, dass Luftqualität, Klima und Jadebusen durch die Kraftwerke nicht beeinträchtigt würden. Die "Nachbarn im Friesischen" (die um ihre Anerkennung als Luftkurorte und Tausende Arbeitsplätze im Tourismus fürchten und dies verstärkt zum Ausdruck bringen) bat er "um eine Diskussion, aber nicht so wie in den letzten Tagen", statt dessen sollten sie "die geringe zunehmende Belastung mittragen".

Dr. Holger Bräuer, Leiter des vorhandenen E.ON-Kraftwerks, nannte Kennzahlen des bestehenden Kraftwerkes und schwärmte von der Vorreiterrolle in Sachen Luftreinhaltung. 1977 sei hier die erste großtechnische Rauchgasentschwefelungsanlage weltweit in Betrieb genommen worden (wie oft die zwischendurch abgeschaltet wurde, steht auf einem anderen Blatt). 1997 und 2007 wurde in die Turbinen investiert, um die Effizienz zu steigern.

Kraftwerk bleibt am Netz

Und hier löste sich eine lang gestellte Gretchenfrage: Wird das alte E.ON-Kraftwerk nun abgeschaltet oder nicht? NEIN, wird es nicht, betonte Herr Andreas Willrodt, Leiter des neuen Kraftwerkprojektes: "Das alte Kraftwerk wird weiterlaufen, es gibt keinen Stilllegungstermin, es befindet sich in einem hervorragenden technischen Zustand." Klar, der Konzern wäre mit dem Klammerbeutel gepudert, den teilrestaurierten Oldtimer zu verschrotten, solange sich noch Profit daraus quetschen lässt. Nach der "married order" würden dann je nach Strombedarf die effizientesten Anlagen zuerst angefahren und ältere erst bei erhöhtem Bedarf als Reserve dazugeschaltet.

Der zweite Teil von Willrodts "Kernbotschaft" lautete: "Wir werden das modernste Kohlekraftwerk der Welt bauen", ein so genanntes "50plus", d. h. mit knapp über 50% Energieeffizienz. Mehr ist nicht drin, begründete Willrodt mit einem kleinen Ausflug zu den Thesen des Physikers Sadi Carnot bzw. dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik. Die Werkstoffe müssen einer Dampftemperatur von 700 Grad und einem Druck von 350 bar standhalten. Das sogenannte ALOI (Nickel-Legierung), durch das die Frischdampfleitungen solche Temperaturen aushalten, soll fünfmal so teuer sein wie herkömmliche Werkstoffe. Willrodt nannte zum Vergleich durchschnittliche Wirkungsgrade von Kohlekraftwerken weltweit: China / Russland 23%, Welt 30, USA 35, Europa 36, Deutschland 38.

Wilhelmshaven würde somit zum "Mekka der Kraftwerkstechnik", und man rechne mit vielen Besuchern aus aller Welt, die kommen und staunen.

Ungelegte Eier

Die theoretische Möglichkeit, die Abgabe von Abwärme und CO₂ zu reduzieren, scheint auf den ersten Blick bestechend. Aus Willrodts Ausführungen ging jedoch hervor, dass mit der Umsetzung nicht sicher zu rechnen ist: Die Nutzung der Abwärme durch benachbarte Industriebetriebe (z. B. das geplante Flüssiggastterminal) ist gar nicht so konkret, wie es bei den ersten Ankündigungen den Anschein hatte, sondern werde "geprüft". Und hinsichtlich CO₂-Abscheidung werde das neue Kraftwerk "CCS-ready" (Carbon Dioxide

Capture and Storage = Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung) bzw. kurz "capture ready". Das bedeutet nur, dass der Kraftwerksneubau für nachträgliche Installationen zur Abscheidung vorbereitet ist. Diese Begriffe sind allerdings derzeit nicht gesetzlich geschützt oder auch nur genau definiert. Für die Abscheidung wird etwa nochmal die gleiche Fläche gebraucht wie für das eigentliche Kraftwerk, sie sollte also schon beim Neubau vorhanden und für die Nutzung freigegeben sein. Ein Kraftwerksneubau ohne diese Flächen kann im Zuge der Genehmigung auf keinen Fall geltend machen, "CCS-ready" zu sein. Und wie eine sichere Speicherung von-statten gehen soll, ohne dass das Gas mit zeitlicher Verzögerung doch wieder in die Atmosphäre entweicht, steht in den Sternen.

Standortentscheidung

Diers wollte wissen, warum E.ON sich ausgerechnet für Wilhelmshaven entschieden habe. E.ON nannte verschiedene Faktoren. Neben der Anbindung für Transporte und Kühlwasser seien auch verfügbares Personal und die Akzeptanz vor Ort entscheidend: "50% der Faktoren müssen immer stimmen". "Soziologie und Psychologie" seien wichtige Faktoren. Im Rathaus stimmt – aus Sicht des Konzerns – die Akzeptanz, in der Bevölkerung habe man "Stakeholder" (Anspruchsträger, -gruppen) "identifiziert", über ein moderiertes "Kraftwerksforum" wolle man mit der Bevölkerung ins Gespräch kommen.

Der anwesende Teil der Bevölkerung hatte nun viele Fragen. Zum Beispiel, wo die Kohle herkommt und ob mit einer kompletten Produktlinienanalyse zu rechnen sei, die einschließt, wo und unter welchen Bedingungen die Kohle gefördert und mit welchem Aufwand sie hertransportiert wird, bis hin zum Verbleib der Abfälle. Hier wurden die Antworten der Konzernmitarbeiter etwas dünne. Die Kohle käme aus Australien, Polen, Südafrika, Kolumbien und Russland – in welchen Anteilen, wisse man jetzt noch nicht, das würde der Markt / Preis entscheiden. Mit den Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter dort hat man sich offensichtlich nicht befasst. Der Transport über Schiffe sei "sehr preiswert". Das war aber gar nicht die Frage. Interessant wäre zu wissen, ob der Transport deshalb so preiswert ist, weil eine Mannschaft von den Philippinen zu Hungerheuer auf dem Schiff arbeitet, oder weil auf Schiffen immer noch Kraftstoffe verbrannt werden wie z. B. Schweröle, die an Land gar nicht mehr zulässig sind. Die aktuelle Diskussion um den hohen Anteil an Luftverschmutzung durch Schiffsverkehre ist bei E.ON wohl noch nicht angekommen.

Eine andere Frage zielte auf die angeblich drohende "Stromlücke", mit der die Neubauten fossil gespeister Kraftwerke vorangetrieben werden. Die prognostizierten 10 - 15% seien auch durch Energieeinsparung aufzufangen. "Stromsparen ist sinnvoll", pflichtete E.ON bei, doch bisher sei eine weitere Zunahme des Verbrauchs erkennbar. Eine klare Aussage gab es zumindest zur Frage, inwiefern der Wirkungsgrad der Kraftwerke durch CO₂-Abscheidung gemindert würde: "Je nach Verfahren auf 40%". Das klingt weder ökonomisch noch ökologisch vielversprechend. Und zur Frage der möglichen Kraftwärmekopplung: Theoretisch könnte die DFTG mit ihrem geplanten Flüssiggas-Terminal 200 MW Abwärme abnehmen, die ►



Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

dann nicht mehr in den Jadebussen abgeführt werden müssten. Menzel wies in diesem Zusammenhang auf ein 23 Jahre altes Gutachten hin ("GUİK"), in dem einmal die Fernwärmeversorgung für Wilhelmshavener Haushalte aus dem Kraftwerk geprüft worden war und das seitdem in der Schublade liegt. 300 bis 500 Mio Euro würde solch ein Fernwärmenetz kosten. "Ich möchte das nicht gegenüber den Wilhelmshavenern verkünden müssen", ließ Menzel vom Podium verlauten. Auf die Idee, das solche Kosten natürlich von den Energiekonzernen zu übernehmen seien, kommt unser "lobbyistischer" Oberbürgermeister erst gar nicht. Schließlich machen die Energiekonzerne seit vielen Jahren Milliardengewinne – im Jahre 2007 haben die 4 Energieriesen E.ON, Vattenfall, RWE und EnBW zusammen ca. 18 Milliarden Euro Gewinne erzielt (da sind die Managergehälter bereits abgezogen); allein E.ON machte 2006 einen Gewinn von 7,3 Milliarden Euro. Der Ausbau von Fernwärmenetzen dürfte da schon noch möglich sein; 'unsere' Politiker müssen es nur fordern!. (Leprich: "Die vier großen deutschen Energieunternehmen unter der Lupe", Studie im Auftrag der Bundesdelegiertenfraktion der Grünen)

Bis der Arzt kommt

Der eigens aus Erkrath (wo gerade eine BI gegen den Bau einer Leitung kämpft, mit der die Bayer AG hochgiftiges Kohlenmonoxid durch dicht besiedelte Wohngebiete schicken will) eingeflogene Dr. Lichtnecker musste nun auch noch zu Wort kommen, um zu erklären, dass die Kraftwerksemissionen völlig ungefährlich seien: "Staub macht nicht krank." Nur (?) zehn Zigaretten im Wohnzimmer oder gar im Auto geraucht würden die Luft mit dem Vielfachen des Referenzwertes belasten, der für Kraftwerke gilt. Der Staub aus Kohlekraftwerken würde sich weiträumig verteilen und deshalb keine zusätzliche Belastung bringen. Zudem sei unsere Lunge in der Lage, eingeatmeten Staub wieder von sich zu geben, sonst "könnte man uns schon als Säuglinge in Kraftwerken verfeuern". Doch der Mann aus dem Bergischen glänzte nicht nur mit einem Sarkasmus, der eher Stefan Raab als einem seriösen Mediziner zuzutrauen wäre, er widersprach sogar einem hiesigen Meeresbiologen, der sich intensiv mit der Schadstoffbelastung von Muscheln und anderen Meerestieren befasst hat und sich besorgt über den Quecksilberausstoß des Kraftwerkes zeigte. Quecksilber, so Lichtnecker, sei zwar hochgiftig, aber man müsse sich schon "am Schornstein anketten", ehe Sorge um die Gesundheit angebracht sei – die Aufnahme des Schwermetalls aus Nahrungsmitteln und insbesondere Fisch sei viel erheblicher. Eben!

Zudem, so Lichtnecker, hänge die Giftigkeit des Quecksilbers von der chemischen Verbindung ab, in der es vorliegt. Ein hiesiger Arzt wies in diesem Zusammenhang auf methyliertes Quecksilber hin, das sich in bakterienreichem Wasser bilden kann. Lichtnecker räumte ein, dies sei "theoretisch möglich" und damit auch die Anreicherung in der Nahrungskette (Fische), aber das sei "etwas Natürliches". Die Menschen hier an der Küste, die viel Fisch und Meeresfrüchte verzehren oder von deren Fang und Verkauf leben, verstehen unter Natur vermutlich etwas anderes. □

Auf Schmusekurs

Abgesehen von der Kohle lässt die E.ON nichts anbrennen. Noch gründlicher als die Electrabel versucht sie, die BürgerInnen für ihre Interessen zu gewinnen. Electrabel beließ es bei einem freundlichen Brief an verschiedene Gruppierungen, der mögliche Kontrahenten auf einen freundschaftlichen Dialog ein schwören sollte. E.ON hingegen hat schon im Vorfeld das Institut IFOK eingespannt, um die Debatte professionell zu moderieren. IFOK nahm direkt Kontakt u. a. zur BUND Kreisgruppe Wilhelmshaven auf und gab sich darin als neutraler Moderator, der nicht die Interessen von E.ON vertritt. Das Bensheimer "Unternehmen für Organisationskommunikation" hat schon mehrfach u. a. für Energieunternehmen wie E.ON, ENWB und Vattenfall gearbeitet. So hat IFOK auch für das geplante Kraftwerk Staudinger (Großkrotzenburg) ein sogenanntes Kraftwerksforum ins Leben gerufen. Die dortige Bürgerinitiative hat deutliche Zweifel an der angeblich 'neutralen Rolle' des Moderators IFOK. Das Unternehmen, so ein BI-Sprecher, werde von E.ON bezahlt und entpuppe sich immer mehr als Hoflieferant des Energiekonzerns. Vehement wird von Seiten der Bürgerinitiative auch die Homepage des Kraftwerksforums kritisiert, die IFOK kürzlich ins Internet gestellt hat. "Die Gestaltung dieser Seite ist ein Skandal. Auf der Startseite des Kraftwerksforums Staudinger sind Fotos zu sehen, die dem Betrachter suggerieren sollen, dass das Klimakiller-Kraftwerk zum integralen Bestandteil einer idyllischen Landschaft gehört." Die Kritik wirkt umso schwerer, da IFOK keinen Auftrag aus dem Forum heraus erhalten habe, eine Homepage zu erstellen und diese online zu schalten. Insgesamt hat es bisher keine Annäherung zwischen den Hauptkontrahenten gegeben. Darüber können auch nicht die nach BI-Meinung wohlformulierten, aber substantiell wenig ergebnisreichen Pressemitteilungen

aus der IFOK-Feder hinwegtäuschen. Die Fronten zwischen der Bürgerinitiative Staudinger und E.ON verhärten sich immer mehr. "E.ON hat es jetzt in der Hand, zu zeigen, ob man den Slogan 'Willkommen zum Dialog' ernst meint. Daher gehört jetzt endlich eine gewichtige Portion Verhandlungsmasse auf den Tisch gelegt, oder wir verlassen das Kraftwerkforum."

Vattenfall geht deutlich aggressiver zu Werke: Im Braunkohle-Abbaubereich in der Lausitz tourt ein "Klimaschutz-Bus" des Konzerns durch die Schulen, wo eigens geschulte Konzernmitarbeiter Unterricht erteilen. Ein Skandal, dass die Schulbehörden diese Eigenwerbung zulassen. "Wer Vattenfall zum Thema Klimaschutz dozieren lässt, kann auch gleich einen Bankräuber über Wirtschaftswissenschaften unterrichten lassen", so ein Sprecher von Greenpeace. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht in dieser Lobbyarbeit eine klare Grenzüberschreitung.

Die RWE wiederum vergibt regelmäßig einen Klimaschutzpreis, den sie zusammen mit Kommunen auslobt. Je etwa 1000 Euro gibt es für Initiativen zur Verminderung von Lärm, Luftverunreinigung, Gewässerverunreinigung und Abwasserbelastung oder Zerstörung natürlicher Lebensräume. Mit einem Griff in die Portokasse will der Konzern sich freikaufen, während jedes einzelne konventionelle Kraftwerk in großem Maßstab die vorgenannten Umweltbeeinträchtigungen nach sich zieht. Oft sind es Projekte, die auch ohne Zutun des Energieriesen stattgefunden hätte, der sich nun gegen einen vergleichsweise lächerlichen Obulus damit schmücken kann. Aufmerksame Akteure werden sich zukünftig nicht mehr vor den Karren der Konzerne spannen lassen, für die unsere natürliche Umwelt nur ein kostenloser Produktionsfaktor ist. (iz)

Klimaschutz und Kohlekraftwerke

Klimaschutz ist teuer – kein Klimaschutz ist unbezahlbar.

(hk) Mit dieser Erkenntnis des britischen Ökonomen Sir Nicholas Stern eröffnete der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH) Rainer Baake eine Veranstaltung der Wilhelmshavener Bürgerinitiative gegen Kohlekraftwerke und für Klimaschutz am 26. Februar in Wilhelmshaven.

Die Veranstaltung hob sich wohlthuend von der auf der vorigen Seite beschriebenen Veranstaltung der E.ON ab, denn mit Rainer Baake hatte die Bürgerinitiative einen Glücksgriff getan. Während man auf der E.ON-Show bei jedem Wortbeitrag seitens des Podiums merkte, dass es sich um eine Lobbyveranstaltung des Energieriesen E.ON handelte, auf der es nicht um die Diskussion mit dem Bürger, sondern einzig um die Propagierung der E.ON-Konzernziele ging, konnte der Geschäftsführer der DUH mit nachprüfbar Zahlen und beschreibbaren Wegen aufwarten.

Zur Person Baakes: Der gelernte Diplom-Volkswirt Rainer Baake war zwischen 1998 und 2005 beamteter Staatssekretär im Berliner Umweltministerium unter Jürgen Trittin und als solcher verantwortlicher Organisator aller "umweltpolitischen Großbaustellen" der rotgrünen Regierungszeit – vom Atomausstieg über die Klimapolitik und das Kyoto-

Protokoll, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes bis hin zur Abfallpolitik. Seit 2006 ist Baake der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe.

Baake sparte nicht mit Lob für die Anstrengungen der Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Klimaschutzziele der Bundesrepublik durchzusetzen. Und genau darum ging es in Baakes Vortrag: Was muss getan werden, um diese Ziele (Reduktion der CO₂-Erzeugung um 40% bis 2020) zu realisieren?

Von Anfang an machte er deutlich, dass diese Ziele nicht mit Reförmchen erreicht werden können, sondern dass hierfür große gemeinschaftliche Anstrengungen nötig sind.

Der Titel seines Vortrages lautete "Klimaschutz und neue Kohlekraftwerke – ein unauf löslicher Widerspruch" – und diese These belegte Rainer Baake mit harten Daten und Fakten, die, so Baake, "allesamt entweder direkt von der Bundesregierung oder vom Bundesamt für Statistik stammen und jederzeit nachprüfbar sind."



Zu den Fakten:**Entwicklung der Stromerzeugung in Deutschland von 2006 bis 2020**

Nettostromerzeugung in 2006:	580 TWh*
Beseitigung Exportüberschuss:	- 20 TWh
Stromeinsparung in Höhe von 11%:	- 62 TWh
Strombedarf 2020:	498 TWh
(Nettostromerzeugung in 2006:	580 TWh)
Wegfall von Erzeugungskapazitäten:	
a) Atomausstieg	-121 TWh
b) überalterte fossile Kraftwerke	- 98 TWh
Zubau von Erneuerbaren Energien	80 TWh
Stromerzeugung ohne neue fossile Kraftwerke:	441 TWh
Durch neue fossile Kraftwerke zu schließende Erzeugungslücke:	57 TWh

*TWh – Terawattstunden. Ein Terawatt entspricht einer Million Megawatt

Um jetzt die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, dürfen die neuen fossilen Kraftwerke maximal 21 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr emittieren. Daraus ergibt sich, dass die durchschnittlichen CO₂-Emissionen der zwischen 2006 und 2020 in Betrieb gehenden fossilen Kraftwerke 368 g pro KWh nicht überschreiten dürfen (den Rechengang hierzu möchten wir unseren Leserinnen ersparen – er ist aber auf unserer Internetseite www.gegenwind-whv.de jederzeit abrufbar).

Fossile Kraftwerke emittieren unterschiedliche CO₂-Mengen. Während ein modernes Braunkohlekraftwerk 950 Gramm pro KWh emittiert, gelangen aus einem Steinkohlekraftwerk immerhin noch 750 g/KWh in die Atmosphäre, einzig das Erdgas liegt mit 365g CO₂ pro Kilowattstunde unter dem zur Erreichung der Klimaschutzziele errechneten Wert von 368 Gramm.

Die Schlussfolgerungen hieraus:

1. Klimaschutz und Atomausstieg sind vereinbar, wenn die Ziele bei der Einsparung, dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Koppelung (KWK) ernsthaft umgesetzt werden.
2. Der Umbau des bestehenden Kraftwerks-parks muss beschleunigt werden. Insbesondere alte, ineffiziente Kohlekraftwerke müssen nachgerüstet oder stillgelegt werden. Dadurch würde Spielraum geschaffen, um die hohen Emissionen der schon genehmigten und im Bau befindlichen Braun- und Steinkohlekraftwerke zu kompensieren.
3. Fossile Kraftwerke dürfen in Zukunft nur noch als KWK-Anlagen genehmigt und errichtet werden und als Brennstoff Gas verwenden. Neue Kohlekraftwerke – ohne CO₂-Abscheidung - sind mit einer ernsthaften Klimaschutzstrategie, die am Atomausstieg festhält, unvereinbar.

Der Vorschlag der Deutschen Umwelthilfe zur Erreichung der Klimaschutzziele:

1. Beseitigung des Rechtsanspruchs auf Genehmigung von klimaschädlichen Kohlekraftwerken
2. Pflicht zur Kraft-Wärme-Koppelung
3. Mindestwirkungsgrade für fossile Kraftwerke = Verbot von konventionellen Kohlekraftwerken (ohne CO₂-Abscheidung).

Viel Diskussionsstoff

Die Ausführungen Rainer Baakes bargen natürlich viel Diskussionsstoff – und hier vermisste man dann doch die Damen und Herren des Stadtrates und der Verwaltung, aber

zumindest im Stadtrat scheint man ja lehrresistent zu sein. Neben den Abgeordneten der Grünen, LAW und BASU bildete der für die CDU im Stadtrat sitzende Bernhard Rech eine Ausnahme. Doch die Diskussion war auch so spannend und wurde von Rainer Baake konsequent und kompetent geführt.

Wir dokumentieren einige wichtige Diskussionsbeiträge:

Die Kraft-Wärme-Kopplung soll Pflicht werden. Was ist mit Standorten, an denen das nicht möglich ist?

Baake: Die Kraft-Wärme-Kopplung ist ein unerlässlicher Pfeiler der CO₂-Reduzierung. Wenn sie an einem Standort nicht möglich ist, dann handelt es sich um einen falschen Standort, und es darf dort kein Kohlekraftwerk errichtet werden.

In Wilhelmshaven verspricht die Electabel Möglichkeiten zur KWK genau wie die CO₂-Abscheidung zu berücksichtigen, gleiches verspricht auch die E.ON.

Baake: So geht das auf keinen Fall. Nur wenn die Betreiber nachweisen, dass ihre Anlage mit KWK und CO₂-Abscheidung in Betrieb geht, kann ein solcher Antrag befürwortet werden. Absichtserklärungen zur Nachrüstung sind nichts wert.

Das Konzept der DUH basiert stark auf dem Einsatz von Gas zur Stromerzeugung. Begeben wir uns damit nicht in eine neue Abhängigkeit?

Baake: In Deutschland gibt es eine Gas-Phobie. 80% unserer Heizungen laufen mit Gas. Aber sobald Gas in Konkurrenz zur Kohle tritt, werden alle ganz nervös und beschreiben die Abhängigkeit! Mit der Abhängigkeit vom Gas wird nur Panikmache betrieben! Die DUH setzt auch verstärkt auf Biogas, denn Biogas ist CO₂-neutral – das, was aufgenommen wird, wird auch wieder abgegeben.

Was nützt es, wenn wir in Deutschland die besten und teuersten CO₂-Reduzierungen realisieren – muss nicht zuerst auf die CO₂-Reduzierung in den Entwicklungsländern gedrängt werden?

Baake: Ich habe viele Verhandlungen mit Vertretern der 3. Welt geführt, als es um die Durchsetzung des Kyoto-Protokolls ging. Es funktioniert nicht, wenn wir diesen Ländern nicht ein Beispiel geben. Wenn wir auf Kernenergie setzen, dann kann ich das den Ländern der 3. Welt nicht versagen. Wir müssen intelligente Lösungen vorleben.

In weiteren Beiträgen machte Rainer Baake klar, dass die Lichter in Deutschland nicht ausgehen werden, dass die Auswirkungen des CO₂ auf das Klima nachgewiesen sind. Leugner der CO₂-Auswirkungen wird es immer geben, sie sind aber völlig unbedeutend und nicht in der Lage, das Wissen über den Klimawandel in Frage zu stellen. □

Deutsche Umwelthilfe im Internet:
www.duh.de

Mütter Zentrum

Wertstr. 45
Tel. 506 106

Neu Neu Neu
Der Miniclub

Ab März - jeden
Freitagmorgen von
10.00 bis 11.30 Uhr
ein offener
Miniclubtreff
für Mütter und ihre
Kleinkinder.

Wir singen, spielen,
tanzen, malen und
basteln zusammen.

Wir freuen uns auf
Sie und Ihre Kinder!

Um eine kleine
Spende für
Materialkosten
wird gebeten.

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Montag - Freitag

9.30 - 12.30 Uhr

Mittwoch auch

15.00 - 18.00 Uhr

Dichter Qualm

“Hase-und-Igel“-Spiel zwischen Wirten und Behörden

(noa) Das “Niedersächsische Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens” ist seit einem halben Jahr in Kraft. Während sich einige Kneipenwirte anfänglich noch darüber hinwegsetzten, drohen seit dem 1. November bei Verstößen Geldbußen.

Verglichen mit anderen Themen gibt es zum Rauchverbot wenig Presseberichterstattung. Das mag u.a. daran liegen, dass das Thema “Rauchen” geeignet ist, beinahe jede Gruppe zu spalten. Überall gibt es Nicht-, Nichtmehr-, Immernoch- und unbelehr- und unbekehrbare Raucher. Wie soll man da Stellung nehmen?

In einem Wilhelmshavener Lokal waren zum 1. August alle Aschenbecher verschwunden. Der Wirt, selber Nichtraucher, der jahrelang darunter gelitten hatte, in dichten Qualmwolken arbeiten zu müssen, war erleichtert, dieser Plage nun endlich ledig zu sein. Nachdem am ersten Fußballsamstag sein Laden leer gelieben war, standen dort aber schnell wieder die Ascher auf den Tischen, und bis Ende Oktober lief das Geschäft wieder ganz gut.

Im Rathaus gab es die “Schonfrist” bis zum 31. Oktober nicht. LAW-Ratsherr Johann Janssen (selber seit langem weg vom Nikotin) mochte es sich aber nicht mit ansehen, wie die RaucherInnen unter seinen RatskollegInnen sich in den kurzen Sitzungspausen bei jedem Wetter an die Rathausmauer drücken mussten, und beantragte einen Raucherraum, um den Rauchern “ihre Raucherwürde wieder zu geben”. Natürlich ging der Antrag nicht durch. Es gab Gemoser von verschiedenen Seiten, u.a. vom FDP-Ratsherrn von Teichman, der (als Mediziner) eifriger bis eifernder Nichtraucher ist. Wie kann Janssen (ebenfalls Mediziner) diesem gesundheitsschädlichen Laster das Wort reden? – das schwang mit. Von Teichmans Fraktionskollegin Susanne Bauermeister sieht beim Thema Rauchen einen ganz anderen Aspekt. In ihrem Statement zur Landtagswahl, bei der sie sich für ihre Partei um das Wilhelmshavener Direktmandat bewarb, beklagte die Wirtschaftsfreundin die existenziellen Probleme der 2.000 Einraumkneipen in Niedersachsen und fragte: “Warum muss hier der Staat lenkend eingreifen und dem Bürger seine Mündigkeit absprechen?” (vgl. GW 331)

Johann Janssen fürchtet ebenfalls um die Kneipen, nicht aber vordergründig wegen der Existenzsorgen der Wirte. Das durchaus auch, mehr aber wegen der sozialen Funktion der Kneipen: Die Vereinzelung der Menschen schreitet noch schneller fort, wenn die Raucher zu Hause bleiben und die Kneipen schließen müssen, so dass am Ende auch die Nichtraucher zu Hause bleiben müssen. Doch auch sein Wunsch nach einer Resolution des Rates an das Land mit dem Ziel der Änderung des Gesetzes wurde nicht erfüllt – obwohl die SPD-RatsvertreterInnen geschlossen mit ihm stimmten.

Die Einzigen, die in Wilhelmshaven schon vor dem 1. November aktiv wurden, waren die, deren Existenz unmittelbar bedroht ist, die Wirte. Am 22. September organisierten sie eine Demonstration zum Rathaus, wo sie ihre Resolution gegen das neue Gesetz jedoch nicht loswerden konnten – samstags arbeitet da niemand; wie soll jemand, für den der Samstag ganz selbstverständlich zur Kernar-

beitszeit gehört, daran denken? Und es waren auch längst nicht alle gekommen, die ihre Teilnahme vorher angesagt hatten. Der “zweite Versuch”, der laut WZ vom 24.09.07 vorgelesen war, fand bisher nicht statt – mal sehen, ob die WirtInnen und ihre Stammgäste sich doch noch einmal aufrufen können.

Nachdem im November die im Hotel- und Gaststättenverband Dehoga organisierten Wirte ihre Volksinitiative gegen das Rauchverbot gestartet haben (WZ, 27.11.07) und der LAW-Antrag im Rat (s.o.) überdies gescheitert ist, können die Wilhelmshavener Kneipiers sich diese Mühe vielleicht auch sparen. Einige von ihnen haben sich z.T. höchst pfiffige Lösungen ihres Problems ausgedacht. Peter Wach, Wirt der “Deutschen Bucht” in der Ulmenstraße, hat zusammen mit seinen Stammgästen einen Schach- und Kommunikationsverein gegründet. Schach ist ein Sport, und für die Gastronomiebetriebe von Sportvereinen gilt das Nichtraucherschutzgesetz nicht. Auf die Androhung des Ordnungsamtes, seinen Fall genauestens zu prüfen, da der Verdacht bestehe, dieser Verein sei eine verkappte Kneipe, reagierte Wach gelassen, und, wie es scheint, hatte er damit Recht. Die WZ vom 01.11.07 berichtete, dass der “Wilhelmshavener Schach- und Kommunikationsverein” als Verein und die “Deutsche Bucht” als Vereinsheim anerkannt ist, der Wirt (Pardon! - der Vereins-Geschäftsführer) also “zunächst aus allem heraus” ist.

Zunächst... Ob das anhält, ist nicht sicher. Es spricht nämlich vieles dafür, dass in Sachen Nichtraucherschutzgesetz eine Art “Hase-und-Igel“-Spiel in Gang gekommen ist. Die Spielregel lautet: “Einer der Spieler stellt die Staatsgewalt, der andere einen Wirt dar. Beide versuchen, sich gegenseitig mit juristischen Winkelzügen und schlaunen Begründungen zu überlisten. Einen endgültigen Sieger gibt es bei diesem Spiel nicht, da die Zahl der Winkelzüge unbegrenzt ist.”

Was zum Beispiel im “Bistro Galerie” seit einiger Zeit abläuft, deutet auf genau diese Art Spiel hin.

Wolfgang Drescher hat zwei nebeneinander liegende, durch einen Gang miteinander verbundene Lokale: das “Bistro” und das “Liner” (Pardon: Das heißt jetzt nicht mehr so!). Wie die WZ im o.g. Artikel berichtete, saß er “am Freitagabend zur besten Kneipenzeit im Bistro mit zwei Nichtrauchern zusammen. Derweil im ‘Liner’, das Drescher schon vor einigen Wochen gesetzeskonform als kleineren Teil des Bistro zur ‘Raucher-Lounge’ de-

klariert hat, die Theke und mehrere Tische besetzt waren.”

Das war die erste Hürde: Die Abteilung, in der geraucht werden darf, muss kleiner sein als die Nichtraucherabteilung.

Die nächste Hürde: Im Raucherbereich darf nicht das Hauptgeschäft stattfinden. Ja, wie bitte soll ein Wirt das regulieren? Wenn die Leute nun mal eben mehrheitlich in die Raucherabteilung strömen?

Drescher musste beim Amt auflaufen und erfuhr, im Raucherbereich dürfe keine Schankanlage sein. Hm. Das ließe sich einrichten. Aus dem “Bistro mit Raucherlounge” könnten wieder zwei Lokale werden, beide mit Nichtraucherbereich (mit Schankanlage) und Raucherbereich (ohne). Aber warum eigentlich? Im Gesetz steht weder etwas darüber, in welcher Abteilung ein Wirt das meiste Geld verdienen darf, noch, dass es eine Schankanlage nur im Nichtraucherbereich geben darf. Auf der Homepage der Staatskanzlei stehen allerdings auch “Fragen & Antworten zum Nichtraucherschutz”, und da kann man nachlesen, dass der (Raucher-) Nebenraum “seiner Größe und Bedeutung nach ein untergeordneter Raum sein” muss. “Der Nebenraum darf nicht der Schankraum, nicht der Festsaal ... sein.” Und auf diese “Fragen & Antworten” beziehen sich jetzt die Ämter in ihrer Genehmigungspraxis? Obwohl es im Gesetz selber gar nicht steht?

Nun schöpfen Wirte und rauchende Gäste wieder Hoffnung: In Rheinland-Pfalz haben Wirte von Ein-Raum-Kneipen beim Ver-

fassungsgesetzgerichtshof eine Eilentscheidung erwirkt, die das Rauchverbot kippt (vgl. WZ vom 13.02.08). Doch “am Gesetz wird nicht gerüttelt”, sagte der Sprecher des niedersächsischen Gesundheitsministeriums, denn es sei “klar und stringent formuliert”. Den Eindruck hat man ja eher nicht, wenn man erfährt, was verschiedene Wirte bei verschiedenen Ämtern erfahren haben. Und entsprechend unsicher sind manche Wirte. Das geht so weit, dass einer, der eine nach Auskunft seines Anwalts gesetzeskon-

forme Lösung gefunden hat, lieber nicht in diesem Artikel genannt werden will, um keine schlafenden Hunde zu wecken. □



TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Absurd

Die ALI informierte sich über die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung

(noa) Gut besucht war die Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative am 11. Februar, zu der Thomas Eiben, Marktbereichsleiter der AOK, als Referent zu Veränderungen im SGB V eingeladen war. Er versprach eine "neutrale Aufklärung". Streckenweise ging es recht turbulent zu.

Ob nur noch Millionäre es sich leisten könnten, krank zu werden, war die provozierende Frage, mit der Werner Ahrens diese Veranstaltung überschrieben hatte. Ganz so schlimm ist es wohl nicht, aber unbestreitbar ist eine Erkrankung für einen Hartz IV- oder Grundsicherungsempfänger ein Ereignis, das die Finanzplanung für Monate durcheinanderbringen kann.

Schon seit 2004 gibt es die Befreiung von der Zuzahlung zu Medikamenten nicht mehr. Damals zu Beginn war es für Menschen mit sehr niedrigem Einkommen tatsächlich ein Desaster, wenn sie krank wurden und über längere Zeit Medikamente einnehmen mussten. Da konnte es leicht passieren, dass zur Monatsmitte das Geld alle war. Da half es vielen auch nicht, dass es eine Obergrenze für die Zuzahlung gibt, die bei 2 % des Einkommens – für chronisch Kranke bei 1 % des Einkommens – liegt. Damals rechneten die Betroffenen mit und gingen irgendwann, wenn sie die Obergrenze erreicht hatten, zur Krankenkasse, um dann für den Rest des Jahres von Zuzahlungen wie auch von der zu Beginn des Quartals fälligen Zahlung von 10 € beim Arzt und beim Zahnarzt befreit zu sein, oder sie rechneten am Ende des Jahres aus, ob sie eventuell von der Kasse Geld zurückbekommen würden. Mittlerweile hat es sich gut eingespielt, dass man gleich zu Beginn eines Jahres den Höchstbetrag zahlt und sofort für das ganze Jahr von Zuzahlungen befreit ist.

Für BezieherInnen von Alg II, Sozialgeld oder Grundsicherung liegt dieser Betrag bei 83,28 € bzw. – für chronisch Kranke – bei 41,64 €. Diese Summe im Januar aufzubringen ist schon ganz schön schwierig, wenn man nur über 347 € monatlich verfügt, aber es erspart einem die Mitrechnerei und das Sammeln von Quittungen. Leute, die schon seit längerer Zeit im Leistungsbezug sind, müssten es schon kennen und daran gewöhnt sein. Doch wer neu im Alg II-Bezug ankommt, hat seine Kämpfe damit auszustehen.

Seit 1996 gibt es die Wahlfreiheit bezüglich der Krankenkasse. Bis dahin waren Sozialhilfeempfänger automatisch AOK-Mitglieder; seither ist die AOK nicht mehr die einzige Kasse, die dieses Klientel betreut. Seither gibt es auch den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen, die natürlich allesamt darauf erpicht sind, möglichst viele Versicherte mit hohem Einkommen (also hohem Beitrag) bei möglichst niedrigem Erkrankungsrisiko zu ihren Versicherten zu zählen.

Der Wettbewerb hat schon zu einer Reduktion der Krankenkassen geführt. Gab es 1996 noch 400 Krankenkassen, sind es jetzt nur noch 210.

Nun steht eine Neuerung an: Ab dem 1. Januar 2009 wird es den Gesundheitsfonds geben. Der Gesundheitsfonds, so erläuterte Eiben, ist ein Mischmasch aus den beiden Modellen, die in Frage standen: die Bürger-

versicherung und die Kopfpauschale (sh. Kasten). Und mit dem Gesundheitsfonds wird es einen einheitlichen Beitragssatz für alle Krankenkassen geben. Doch so einheitlich wird er in Wirklichkeit nicht sein, denn wenn eine Krankenkasse mit ihren Beiträgen nicht auskommt, wird sie einen Risikozuschlag erheben dürfen (müssen), der bei mindestens 8 € monatlich liegt und einkommensunabhängig ist.

Günther Kraemmer wies darauf hin, dass der Risikozuschlag im Unterschied zum Beitrag, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich teilen, von den Versicherten allein getragen werden muss. Die Unternehmer werden hier eine große Entlastung erfahren.

Wenn es bis dahin noch nicht deutlich geworden war, wurde den TeilnehmerInnen spätestens bei der nächsten Erläuterung klar, warum es bei der AOK die Berufsbezeichnung "Marktbereichsleiter" gibt. Die gesetzlichen Kassen führen demnächst etwas ein, was bisher nur privat Krankenversicherte kennen: Selbstbehalttarife. Das geht so: Wenn der Beitrag normalerweise 400 € betragen würde, kann man beispielsweise vereinbaren, dass man nur 300 € monatlich zahlt, aber Arzt- und Medikamentenkosten bis zur Höhe von 1.000 € selber trägt. Als Versicherter hat man bei diesen Beispielzahlen mindestens 200 € im Jahr, im besten Fall (also wenn man nicht krank war) aber 1.200 € gespart. Der Vorteil für die Krankenkasse liegt darin, eine Menge Kleinkram nicht abrechnen zu müssen, also Arbeitskraft einzusparen.

Außerdem gibt es schon Verträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern (Ärzten, Kliniken etc.) bezüglich bestimmter Krankheitsbilder – das hat vor geraumer Zeit ein Vertreter der DAK bei einer ALI-Versammlung erklärt. Und wenn der Gesundheitsfonds eingerichtet ist, werden Rabattverträge zwischen Krankenkassen und Pharmaunternehmen möglich sein.

Wenn man alt genug ist, um sich weit genug zurückerinnern zu können, weiß man noch etwas vom "Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz" (70er Jahre) – heute heißt ein Gesetz, das Krankheit für die Menschen zum finanziellen Risiko machen wird, "Wettbewerbssicherungsgesetz".

Die ursprüngliche Idee der Krankenversicherung bestand einmal darin, dass die Menschen einen regelmäßigen Beitrag entrichten, um im Krankheitsfall abgesichert zu sein. Heutzutage kann eine Krankheit alle, die sich keine Zusatzversicherungen leisten können, in den finanziellen Ruin treiben.

Ernst Taux äußerte sich zu den schon erfolgten und noch anstehenden Veränderungen recht heftig: "Das sind Absurditäten! Man schätzt sein Risiko ab und sichert bestimmte Risiken nicht ab. Durch solche Argumente fördert man die privaten Krankenkassen." □

Bei der Bürgerversicherung lassen sich generell zwei verschiedene Konzepte unterscheiden:

- Die "Solidarische Bürgerversicherung": Alle Bürger zahlen einen bestimmten Prozentsatz aus der Summe aller eigenen Einkünfte (Lohnarbeit, Kapitalerträge, Mieteinnahmen, Zuschüsse und sonstige Einnahmen) ggf. bis zur Beitragsbemessungsgrenze in die Bürgerversicherung ein. Es ist umstritten, ob die Deckelung der Beiträge für besonders gut Verdienende (Beitragsbemessungsgrenze) aus verfassungsrechtlichen Gründen zwingend ist, da bei einer Pflichtversicherung der Beitrag immer in einem einigermaßen verträglichen Verhältnis zur Leistung stehen müsse. Durch die "Solidarische Bürgerversicherung" soll die Einnahmesituation der gesetzlichen Krankenkassen so weit verbessert werden, dass weitere Beitragssteigerungen und Leistungskürzungen vermieden werden können. Dieses Konzept wird unter den derzeit (2006) im Bundestag vertretenen Parteien von SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Linken (hier wird auch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze gefordert) befürwortet. Wenn der Begriff Bürgerversicherung in der Berichterstattung der Medien oder im politischen Diskurs gebraucht wird, ist fast immer diese Form gemeint.

- Um den rasch populär gewordenen Begriff Bürgerversicherung für den eigenen Standpunkt benutzen zu können, wurde von einigen irreführend versucht, ihn auf das Konzept der "Gesundheitsprämie" auszudehnen. Dabei sollen alle Bürger einen gleichen Betrag (Kopfpauschale, Kopfprämie, Bürgerprämie) in die Versicherung einzahlen. Er kann bei geringverdienendern aus Steuermitteln subventioniert werden. Die Beiträge für Kinder sollen ebenfalls aus Steuermitteln aufgebracht werden. Dabei sieht das Konzept der Union allerdings vor, dass nur die derzeit gesetzlich Versicherten einbezogen sind. Selbständige, Beamte und Besserverdienende sollen davon nicht direkt betroffen werden, allerdings den Solidarausgleich (kostenlose Mitversicherung der Kinder, Unterstützung für Einkommensschwache) über die Einkommenssteuer (die keine Beitragsbemessungsgrenze kennt) mitfinanzieren.

Quelle: WIKIPEDIA

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Ratssplitter

vom 6.2. & 27.2.2008
zusammengeklebt von Imke Zwoch

Die Diskussion zum Electrabel-Kohlekraftwerk war reines Schaulaufen, denn das Ergebnis – Verabschiedung des Bebauungsplanes gegen die Stimmen von LAW, BASU und Grünen – war schon Wochen vorher klar. Bemerkenswert war einzig das Schlusswort von FDP-Ratsherr Michael Schadewaldt, dem er wenig später Taten folgen ließ.

Und tschüs!

Schadewaldt kritisierte sichtlich erregt, dass alle Kritiker der Kraftwerksplanungen als "Ideologen" abgestempelt würden. "Ich bin froh, dass die uns sensibilisieren", hielt er dagegen. Erst durch die Kraftwerksgegner sei er darauf gekommen, sich intensiv zu informieren, und dabei habe er "viele Ungereimtheiten" entdeckt. Er appellierte an die Ratskollegen: "Kritiker sind notwendig – gehen Sie nicht so schäbig mit Ihnen um!"

Er stimmte dann zwar fraktionstreu trotzdem für die Planung ("es fällt mir nicht leicht, ja zu sagen"), doch dies war dann auch sein letztes Plädoyer und seine letzte Abstimmung im Rat: Ende Februar gab er sein Mandat ab, "aus persönlichen Gründen" hieß die offizielle Begründung, doch es waren schon politische, s. o., die er auch in einem Interview mit Radio Jade bestätigte. Respekt. ☺

Kleine dicke Klimakiller

Derzeit wird die Helene-Lange-Schule zum Grundschulzentrum für die Südstadt umgebaut. Folgerichtig soll die Rheinstraße im Schulbereich verkehrsberuhigt, der Fußweg an der stark befahrenen Virchowstraße durch ein Absperrgitter kindersicher gestaltet werden.

Doch wie kommen die Kurzen eigentlich zur neuen Schule? Mit dem Auto, ist sich OB Menzel sicher, andere Vorstellungen gingen "an der Lebenswirklichkeit vorbei". An seiner geht offensichtlich vorbei, dass gerade in der Südstadt viele Eltern froh sind, wenn sie oder die Kinder sich überhaupt ein Fahrrad oder Busfahrten leisten können. Andererseits pflegen jene, die sich ein oder gar zwei Familienkutschen leisten können, tatsächlich die Unsitte, die ABC-Schützen zur Schule und zurück zu chauffieren. Für die werden nun extra 14 Parkplätze geschaffen – nach Ansicht von Ratsherr Joachim Ender (BASU) noch zu wenige, für Michael von Teichman (FDP) zu viele: Da würden durch die Eltern zusätzlich "unheimliche Verkehre geschaffen", die Kinder könnten doch auch zu Fuß oder mit dem ÖPNV kommen. (Ab der 3. Klasse dürfen sie seitens der Schule auch mit dem Fahrrad kommen – Anm. d. Red.) Mal ehrlich: Da klagen alle über die zunehmende Zahl dicker Kinder und zuviel Innenstadtverkehr, dessen Gefahrenpotenzial sowie Lärm und Luftverschmutzung gerade auch die Kleinen selbst belasten. Wäre es nicht der richtige Weg, die Schulwege so zu gestalten, dass die Kinder sie gefahrlos und mit zumutbarem Aufwand

auch allein bzw. gemeinsam mit KlassenkameradInnen zurücklegen können? Das würde die Bewegung, die Selbständigkeit und auch die Kontakte zu Gleichaltrigen fördern. Und wann wollen Eltern den Kleinen beibringen, wie man eine Straße überquert, Ampeln und Zebrastreifen benutzt, Bus und Fahrrad fährt? Nach dem Abitur? Mit einem "Konzept", das allein die Vorstellungen überängstlicher Eltern bedient, zieht man sich die unsporthen, autosüchtigen Problemkinder von morgen selbst heran. Und die Bedürfnisse von Familien, die auch ohne Auto mobil sein müssen oder wollen, bleiben unberücksichtigt. ☹

Ökosiedlung: Erinnerungslücken

Nördlich des Friedhofs Aldenburg schmort seit Jahren ein Baugebiet vor sich hin. Geplant waren Riesengrundstücke mit Luxusvillen z. B. für Führungskräfte der erwarteten Hafen- und Industriebetriebe. Vielleicht wohnen die lieber woanders – jedenfalls ist da bis auf ein paar Häuser immer noch grüne Wiese. Nun sollen die Grundstücke im Zuschnitt so verkleinert werden, dass sie auch an normal Sterbliche zu vermarkten sind. So weit, so gut. Doch noch vor der Luxusvariante war, wie Bernhard Rech (CDU) erinnerte, eine Ökosiedlung "angedacht, aus der leider nichts wurde". Von Teichman widersprach der Behauptung mehrerer Ratsvertreter, das Konzept sei gescheitert: "Die Ökosiedlung ist gescheitert worden, weil der politische Wille fehlte!" Wer ein weniger gutes Gedächtnis hat, kann im Gegenwind Nr. 148 (September 1998) nachlesen, dass v.T. sich richtig erinnert. Werner Biehl (Bündnis 90/Die Grünen) erinnert sich sehr gut, denn er trat damals aus Protest gegen die Blockadehaltung der Stadt als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft zurück. Alles Lüge, behauptete sinngemäß SPD-Sprecher Siegfried Neumann, die Ökosiedlung sei nicht am Willen der Stadt gescheitert, sondern an den Forderungen der Interessensgemeinschaft für die Siedlung. Man hätte sich damals intensiv damit beschäftigt, sogar andernorts solche Modellsiedlungen besichtigt. Stimmt – diese Infofahrten wurden von der IG Ökosiedlung organisiert – doch mit so fremden Techniken wie einer Schilfkläranlage konnte sich die konservative Politik damals nicht anfreunden. Mittlerweile gibt es Vorzeigeprojekte auch in der Nähe (Oldenburg-Lindenbogen, Jever – Klein Grashaus), bemerkte Claus Westermann (Grüne). Nun, Wilhelmshaven hinkt da mal wieder hinterher – aber die Verhinderer sollten wenigstens bei der Wahrheit bleiben.

Interessenkollision

Johann Janssen (LAW) wollte in einer kleinen Anfrage wissen, ob ein Oberbürgermeister nicht - unabhängig von seiner persönlichen Meinung – um Ausgleich zwischen Vertretern verschiedener Meinungen bemüht sein sollte. Hintergrund war, dass Menzel Kraftwerksgegner öffentlich als "Verwirrte und Unverantwortliche" bezeichnet hatte. Menzel ergänzte, die "Unverantwortlichkeit" beziehe sich auch auf jene, die durch gerichtliche Klagen (die das geltende Recht ausdrücklich vorsieht – Anm. d. Red.) die Planungen verhindern wollten. Als oberster Wirtschaftsförderer der Stadt sieht er sich verpflichtet, Investoren grundsätzlich zu unterstützen. Das wirft die Frage auf, ob man die beiden Ämter – OB und Wirtschaftsförderer – nicht besser trennen sollte. ☐

LANDESBÜHNE NIEDERSACHSEN NORD GMBH

Ein starkes Stück

"Landnahme": Premiere am 15. März

Selten liest sich ein Bühnenmanuskript so spannend wie ein gutes Buch. Die "Landnahme" von Harry Newman nimmt einen jedoch von der ersten Zeile an – im Doppelsinne – gefangen: In unglaublicher Dichte sind Form und Inhalt auf das Wesentliche reduziert. Die Qualität des Textes überzeugte auch Regisseur Christof Meckel und Dramaturg Hauke Bartel, das Stück aufzunehmen, das erst 2007 seine deutsche Uraufführung hatte.

Vor dem Hintergrund der Unterdrückung eines Volkes bzw. Landes seziert Newman die "Kolonialisierung der Seele". Sofort stellt sich die Frage: Auf welchen aktuellen oder auch historischen Krisenherd bezieht er sich dabei? Auf gar keinen, sagt er – und schafft diesen Drahtseilakt, obwohl er Assoziationen weckt: David heißt der "Diplomat", der die einmarschierenden Soldaten begleitet und abgesichert durch deren Waffen mit platter und doch subtiler Rhetorik eine "freundliche Übernahme" zur Schau stellt. Übrigens die stärkste Figur im Stück, die Darsteller Oliver Schönfeld da schultern muss. Es ist die Rede vom Land, in dem Milch und Honig fließen, dem Land der Väter der Väter der Väter, Anspielungen auf die arabische Sprache der Unterdrückten. Doch es hätte den Stoff disqualifiziert, einseitig wertend den Konflikt zwischen Israel und Palästinensern als Vorlage zu nehmen, weshalb weitere Figuren die zeitliche und räumliche Dimension erweitern – ob Persephone (Fruchtbarkeitsgöttin der griechischen Mythologie), Jens (deutsche / nordische Figur), Andrew (Weltmacht USA) oder Gomes (Lateinamerika). Auch Bartel und Meckel verstehen das Stück als Modell ohne konkreten Bezug. Beeindruckend ist für sie die Menschenkenntnis, mit der Newman seine Figuren zeichnet, "ohne sie zu verraten".

Newman sieht sein Stück "als Versuch, die Eigendynamik des Unrechts zu verstehen und zu sehen, was nötig ist, damit man dagegen ankämpft." Siegen am Ende die Waffen oder der gewaltfreie Widerstand? Persephone findet schließlich ihren eigenen Weg, damit ihre Freiheit nicht länger bedroht wird ... Mehr sei nicht verraten, schauen Sie mit uns, ob die Landesbühne ihr Versprechen halten wird: "Das wird ein intensiver Abend". (iz)

"Landnahme", am Sa, 15.3.2008
(Premiere) Mi, 26.03 / Fr, 28.03 / Sa
05.04, jeweils um 20 Uhr
im Stadttheater Wilhelmshaven.



Gutachten und Tatsachen

Lärmmessungen ergaben unzulässige Werte

(jt/hk) In Wilhelmshaven sollen der JadeWeserPort und diverse neue Kohlekraftwerke entstehen. Der Kohleumschlag soll von derzeit jährlich 1,4 Mio. Tonnen auf bis zu 8 Mio. Tonnen gesteigert werden. Der Bau des Flüssiggas-Terminals wird wohl schon bald genehmigt werden, und für die Erweiterung der Raffinerie (WRG) wird gerade ein neues Genehmigungsverfahren anberaunt. Außerdem sollen die A29 bis zum JadeWeserPort und das Nordgleis bis zum Binnenhafen verlängert werden.

Für all diese Planungen wurden Gutachten über Gutachten erstellt, die allesamt immer wieder zu dem Ergebnis kommen, dass es keine erheblich negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur geben wird. Glaubt man den Gutachtern, wird sich für die Bürger nichts verändern. Kein Staub, kein Licht, kein Lärm - die Natur wird gar nicht merken, dass Hunderte Hektar überbaut und Millionen Kubikmeter warmes Wasser in die Jade gekippt werden.

Immer wieder zweifeln Bürgergruppen und Umweltverbände an der Richtigkeit der Gutachteraussagen. Da kaum jemand über die finanziellen Mittel verfügt, eigene Gutachten anfertigen zu lassen, die denen der Auftraggeber gegenübergestellt werden könnten, bestehen kaum Aussichten, den von den Vorhabensträgern beauftragten Gutachtern Fehler schon vor dem Bau eines Großprojektes nachzuweisen.

Die gutachterlichen Fehleinschätzungen werden somit in der Regel erst dann offenbar, wenn die geplanten Anlagen ihren Betrieb aufgenommen haben. Die betroffenen Bürger können dann sehen, wo sie bleiben.

Ratternde Güterzüge

Manchmal eröffnet aber der Zufall den Bürgern eine Chance zur Gegenwehr: Für die erheblichen Verkehre aus den diversen Großprojekten in Wilhelmshaven haben die Gutachter errechnet, dass es an keiner Stelle zu Lärmüberschreitungen kommen wird!

Seit einigen Wochen beschweren sich jedoch Bürger aus dem Stadtnorden über einen Krach, den vermehrt vorbeifahrende Güterzüge verursachen.

Schon am frühen Morgen springen die BürgerInnen aus den Betten, weil sie vor lauter Lärm nicht weiterschlafen können. Am späten Abend versuchen sie vergeblich einzuschlafen, werden aber auch daran vom erheblichen Lärm der vorbeifahrenden Güterzüge gehindert.

Der Grund dafür: Auf der Bahnstrecke zwischen Rüstersieler Groden Nord und Voslapp Nord fahren seit einiger Zeit in den frühen Morgen- und späten Abendstunden mehrfach lange Güterzüge. Es handelt sich hier nicht um die seit Jahren gewohnten geringen Zugfrequenzen aus der INEOS, sondern um vermehrte Kohletransporte der Rhenus Midgard, die nach vorliegender Genehmigung momentan 800.000 t Kohle an der Niedersachsenbrücke umschlägt und einen Teil davon über Güterzüge abtransportieren lässt.

Aufgrund dieser erheblichen auch während der Nachtstunden stattfindenden Belästigung haben einige Anlieger den Versuch unternommen, eine zuständige Stelle zu finden, die sich der Sache einmal annimmt und eine Lärmmessung durchführt. Leider ohne Erfolg. Eine der betroffenen Familien wurde bei dem Versuch, einen Ansprechpartner zu

finden, vom Umweltamt der Stadt über sechs weitere Stellen immer an den nächsten angeblich Zuständigen verwiesen, bis sie schlussendlich bei der Bundespolizei gelandet war und das Ansinnen, als Bürger gehört zu werden, aufgab.

Ein Anwohner der Sengwarder Straße, also relativ weit (ca. 300 – 400 m) von der Bahnstrecke entfernt und zudem durch diverse Gebäude und den Deich vor dem Lärm geschützt, dachte lange Zeit, dass wieder einmal Flugmanöver über der Jade stattfinden. Vielleicht bedingt durch die extrem schlechte Beschaffenheit des Gleises hat dieser Lärm große Ähnlichkeit mit den Geräuschen von kreisenden Düsenjägern über der Jade. Selbst bei geschlossenen Fenstern und laufendem Fernseher sind die Züge störend zu hören.

Unter Wahrnehmungsschwelle

Glaubt man den vielen Gutachten der letzten Jahre, in welchen immer wieder darauf hingewiesen wird, dass es auf keinen Fall durch die Großprojekte und der sich daraus ergebenden Verkehrsentwicklung zu irgendwelchen Störungen durch Lärm kommen wird, dürfte man eigentlich gar nichts hören. Auf vielen hundert Seiten erklären die Gutachter dies auch ganz genau und liefern eine Berechnung nach der anderen bei ihren Auftraggebern ab. Da heißt es dann oft, dass die Wahrnehmungsschwelle nicht einmal überschritten wird.

Da sich viele Voslapper Bürger immer häufiger an die BASU wandten, versuchte diese, der Sache auf den Grund zu gehen, und führte Lärmmessungen auf dem Voslapper Deich durch.

Die Messungen, die sicherlich den technischen Möglichkeiten nicht hundertprozentig genügen, wiesen Lärmwerte aus, die von den Berechnungen der Gutachter ganz erheblich abwichen: U. a. wurden in den Abendstunden des 25.02.2008 Lärmmessungen auf einem betroffenen Grundstück direkt am Deich in der Fedderwarder Straße während der Vorbeifahrt eines der Güterzüge durchgeführt. Ca. 1,50 m über Grundstücksniveau zeigte das Messgerät einen Lärmpegel von 69 dB(A) an, und das nicht direkt am Gleis oder auf dem Deich, sondern ca. 50 m westlich des schallschützenden Deiches, also auf der dem Gleis gegenüberliegenden Deichseite.

Eine zweite Messung erfolgte in Höhe des Schlafzimmerfensters ca. 5 m über Grund-Niveau des 1. Stockwerkes der Siedlungen - hier zeigte das Gerät dann sogar 72 dB(A). Nach der 16. Bundesimmissionschutzverordnung (BimSchV) dürfen in Wohngebieten tagsüber/nachts 59/49 dB(A) bzw. in Misch- und Dorfgebieten 64/54 dB(A) nicht überschritten werden.

Kein Wunder also, dass die Menschen hier nur noch ganz kurze Nächte haben. Si-

cherlich sind die dargestellten Messergebnisse mit einer gewissen Fehlertoleranz behaftet, wobei der Messgerätehersteller diese mit +/- 1% angibt. Vergleichsmessungen mit anderen Geräten haben jedoch keine signifikanten Abweichungen nach oben oder unten ergeben.

Diese direkt vor Ort festgestellten Lärmpegel weichen erheblich von den gutachterlichen Bewertungen in den angeblich so präzisen Berechnungen der Gutachter ab.

Hinzu kommt, dass die Gutachter angeblich den möglichen Maximalwert ermittelt haben wollen, der erst dann entsteht, wenn tatsächlich alle Großprojekte und Güterzüge mit ihrem Lärm über die Menschen kommen. Bisher handelt es sich nur um wenige Zugfahrten pro Tag. Aber was passiert, wenn tatsächlich 16 Kohlezüge am Tag über dieses Gleis rollen werden? Und wenn dann noch durch das geplante Nordgleis weitere Züge aus dem inneren Hafen hinzukommen und im Norden Voslapps auch noch die 36 Containerzüge aus dem JadeWeserPort Richtung Sande abgeführt werden müssen?

Bisher halten sich alle verantwortlichen Stellen bedeckt. Mit Datum vom 26.02.2008 wurden jetzt die Stadt Wilhelmshaven, die Deutsche Bahn, das Gewerbeaufsichtsamt in Oldenburg und das niedersächsische Wirtschaftsministerium von der BASU über die Messergebnisse informiert.

Man darf gespannt sein, wann und ob die zuständigen Behörden diesem Verdacht auf unzulässige Lärmbelästigung nachgehen und welche Maßnahmen sie bei Bestätigung der bei ihnen eingegangenen Beschwerde zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger treffen.

In dem BASU-Schreiben wird deutlich gemacht, dass von möglichen Gesundheitsschädigungen bei den Anwohnern ausgegangen werden muss. Weiter heißt es: "Diese Vermutung sollte schnellstmöglich von Ihrer Seite durch offizielle Messungen begutachtet werden und entweder als unrichtig oder aber korrekt bestätigt werden, was zur sofortigen Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Lärmreduzierung führen müsste".

Nun müsste eigentlich Schwung in die Sache kommen. □

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

VPV-Geschäftsstelle * Tel.: 04421/774543



VERSICHERUNGSGRUPPE



hartz IV und recht

Job-Center darf kein Geld anrechnen, das der Antragsteller nicht hat

(noa) Im Januar 2008 ergingen zwei interessante Beschlüsse von Sozialgerichten zum Thema Regelsatzkürzung. Ein Wilhelmshavener Hartz IV-Berechtigter hatte im September eine Steuerrückzahlung in Höhe von 3014,52 € erhalten. Da er aber ein beträchtliches Soll auf seinem Konto hatte, blieb von diesem schönen Sümmchen nichts übrig: Zu Mitte September hatte er immer noch Miese, wenn auch nur noch 61,83 €.

Das Job-Center Wilhelmshaven erwartete nun aber von ihm, dass er die Steuerrückzahlung in seinen laufenden Konsum einfließen lassen sollte. 300 € monatlich wollte es ihm vom Alg II einbehalten. Die Begründung klang durchaus schlüssig: Die Sozialleistungen seien nicht zur Tilgung der Schulden von Bedürftigen da.

Da der Erwerbslose nun aber von der Steuerrückzahlung außer mal ganz kurz den Anblick einer schönen Zahl auf dem Kontoauszug nichts hatte, gab es nichts, was er für den Lebensunterhalt ausgeben konnte. Am 20. Dezember 2007 beantragte er deshalb beim Sozialgericht Oldenburg eine einstweilige Anordnung auf Zahlung des Alg II in der vorher gewährten Höhe, also ohne Abzug. "Er ist der Ansicht, eine Anrechnung für die Monate November 2007 bis April 2008 sei rechtswidrig, da ihm in dieser Zeit keine bereiten Mittel zur Verfügung stünden", heißt es im Text des Beschlusses. Und so sah es auch das Gericht.

"Der angefochtene Bescheid vom 30. Oktober 2007 ist rechtswidrig und verletzt den Antragsteller in seinen Rechten. Der Kläger hat einen Anspruch auf Gewährung weiterer Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Gemäß § 19 Satz 1 SGB II erhalten erwerbsfähige Hilfsbedürftige Alg II in Form von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung. Von den Anspruchsvoraussetzungen des § 7 SGB II ist hier allein der Umfang der Hilfebedürftigkeit des Antragstellers insoweit problematisch, als der Antragsgegner die Steuerrückerstattung im September 2007 mit einem monatlichen Teilbetrag von 300,00 € als Einkommen ansetzt. Steuerrückerstattungen sind Einkommen nach § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II, weil es sich um Einnahmen in Geld handelt. Die Steuerrückerstattung in Höhe von 3.014,52 € floss dem Antragsteller im September 2007 zu und durfte in diesem Monat als Einkommen berücksichtigt werden. Eine darüber hinausgehende Ansetzung für die Folgemonate (...) durch Aufteilung in Raten von jeweils 300,00 € und entsprechender Ansetzung als monatliches Einkommen ist nicht rechtmäßig.

Die Hilfebedürftigkeit im Sinne des § 7 Abs. 1 Nr. 3 und § 9 SGB II ist grundsätzlich gegenwartsbezogen und unabhängig von den Gründen ihres Entstehens zu beurteilen. Auch schuldhaft herbeigeführte Hilfebedürftigkeit schließt den Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II nicht aus (...). Um sozialwidrige Ergebnisse zu vermeiden, bestimmt allerdings § 34 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB II, dass eine Pflicht zum nachträglichen Ersatz der gewährten Leistungen für denjenigen besteht, der die Voraussetzungen für seine Hilfebedürftigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig ohne wichtigen Grund herbeigeführt hat." (Az.: S 42 AS 2290/07 ER, 18. Januar 2008) Nun, ob das der Fall war und der Erwerbslose irgendwann einmal die Sozialleistungen zurückerzahlen muss, wird sich dann im Hauptverfahren zeigen.

Regelsatzkürzung?

Im Beschluss des Sozialgerichts Aurich vom 16. Januar 2008 (S 25 AS 771/07 ER) geht es um das Thema Regelsatzkürzung wegen Krankenhausaufenthaltes. Und sehr interessant ist dieser Beschluss angesichts einer neuen Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit, nach der ein Betrag von 121,45 € im Monat bei stationärem Aufenthalt mit Vollverpflegung abgezogen werden darf. Dieser Verordnung widerspricht der Beschluss des Sozialgerichts Aurich mit Begründungen aus dem Gesetz selbst.

Der Fall: Eine Hartz IV-Berechtigte hatte gemeldet, dass sie sich im Krankenhaus befinde, und noch am selben Tag erließ die Gemeinde Westoverledingen einen "Änderungsbescheid" mit einer Kürzung ihres Regelsatzes um 35 % wegen stationären Aufenthalts. Die Klägerin fand die anteilige Leistungskürzung rechtswidrig, weil die in einer stationären Einrichtung zur Verfügung gestellte Ernährung weder zu einer Reduzierung des Bedarfs führen könne noch als Einkommen anzusehen sei. Dem folgte das Gericht, "denn die während des vollstationären Krankenhausaufenthaltes zur Verfügung gestellte Verpflegung rechtfertigt weder (auf der Bedarfseite) die Kürzung der (...) Regelleistung, noch ist die Krankenhausverpflegung bei der Leistungsberechnung als Einkommen i.S.d. § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II zu berücksichtigen, ... Das "Bedarfsdeckungsprinzip", das die beklagte Behörde in ihrem Vorbringen als Grund für die Regelsatzkürzung nannte, könne nicht zur Geltung kommen, da das SGB II dafür keine rechtliche Grundlage bietet, denn: "Die in § 20 SGB II normierte Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts wird – anders als die bis zum 31.12.2004 nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährte Sozialhilfe – in pauschalierter Form erbracht und umfasst nach dem gesetzgeberischen Willen den gesamten notwendigen Lebensunterhalt des Hilfebedürftigen." Wie der Empfänger sich das Geld einteilt, bleibt ihm selber überlassen. – "Im Unterscheid dazu sieht das im Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)

geregelt staatliche Sozialleistungssystem eine abweichende Festlegung der Bedarfe vor, wenn im Einzelfall sein Bedarf ganz oder teilweise anderweitig gedeckt ist oder unabweisbar seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht. (...) Eine solche abweichende Festlegung der pauschalierten Bedarfe sieht das SGB II jedoch nicht vor."

Die Regelsatzkürzung wegen der Vollverpflegung im Krankenhaus ist also gesetzwidrig. Ansonsten "müsste auch in anderen Fällen (etwas beim geringeren Bedarf an Kleidung, Körperpflege, Hausrat oder Haushaltsenergie) eine entsprechende Reduzierung des hierauf entfallenden Regelsatzanteils vorgenommen werden. Umgekehrt müssten dann aber auch durch den stationären Krankenhausaufenthalt verursachte zusätzliche Kosten (wie z.B. Zuzahlungen, Kosten für Besuchsfahrten, Gebühren für Rundfunk und Telefon, Kosten für einen Bademantel, Aufwendungen für Genussmittel beim Kauf auf dem Klinikgelände) abweichend von der Regelleistung pauschal zugunsten des Hilfebedürftigen übernommen werden. Dies wäre aber ebenfalls systemwidrig." Also: Das Alg II ist eine pauschalierte Leistung und darf nicht wegen zeitweise höheren oder niedrigeren Bedarfs erhöht oder gesenkt werden.

Der Landkreis Leer als beklagte Behörde hatte hilfsweise angeführt, dass die Verpflegung im Rahmen eines stationären Aufenthalts "Einkommen" sei, das angerechnet werden müsse. Auch diesem Gedanken widerspricht das Sozialgericht Aurich. "Gemäß § 39 Abs. 1 Satz 2 SGB V umfasst die Krankenhausbehandlung im Rahmen des Versorgungsauftrages des Krankenhauses sämtliche Leistungen, die im Einzelfall nach Art und Schwere der Krankheit für die medizinische Versorgung der Versicherten im Krankenhaus notwendig sind. Hierzu gehört insbesondere auch die Verpflegung." Das Essen im Krankenhaus zielt "zuvörderst auf die Genesung des Patienten ab" und kann deshalb "nicht als Einkommen im Sinne einer Einnahme in Geldeswert (...) qualifiziert werden." Und überdies kann das Krankenhausesen deshalb kein Einkommen sein, weil der Patient nicht die Möglichkeit hätte, es zu verkaufen und das Geld nach seinem Gutdünken anderweitig auszugeben; es fehlt dem Klinikessen ein "Marktwert" wie auch ein entsprechender Markt.

Es sieht also ganz so aus, als hätten Widerspruch und Klage auch nach der neuen Verordnung Sinn, denn der sehr ausführliche (hier nur auszugsweise zitierte) Beschluss des Sozialgerichts Aurich weist nach, dass die genannte Verordnung dem Gesetz, auf das sie sich bezieht, widerspricht. □





Aus der Schule geplaudert

Puhhhhh!

Dieser Kelch ist noch einmal an uns vorbeigegangen! Wäre die Landtagswahl anders ausgefallen, dann hätten wir jetzt Schulkampf. Den hatte der Philologenverband, in dem überwiegend Gymnasiallehrer organisiert sind, für den Fall eines Wahlsieges von Rot/Grün angedroht. So stand es am 30. November auf der Niedersachsenseite der WZ. Damals war Wahlkampf, und da die Philologen "vor allem schwächere Schüler in einer Einheitsschule benachteiligt" sahen, wollten sie "landesweit die Elternschaft mobilisieren".

Mehr als 6.500 Mitglieder hat der Philologenverband in Niedersachsen. Wenn die alle Wahlkampf für die CDU gemacht haben...! Andererseits hat der Landesverband Niedersachsen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 28.500 Mitglieder, die schätzungsweise eher dem Modell Gesamtschule zugeneigt sind.

Aber, liebe Kollegen von den Gymnasien: So schlimm wäre es ja gar nicht gekommen. Zwar hat die SPD Wahlkampf mit dem Thema "Gemeinsame Schule" gemacht - gleichzeitig hat sie jedoch den Fortbestand der Gymnasien versprochen.

Egal, es ist ja nichts passiert. Das Schulwesen ist nach wie vor gegliedert; die Selektion funktioniert perfekt. Nur die SchülerInnen funktionieren nicht so richtig:

Die Nordwestzeitung hatte am 31. Januar kritisch über das "Turbo-Abi" berichtet und veröffentlichte einige Leserbriefe dazu am 9. Februar. Da hofft ein Cloppenburger Vater von drei Kindern in den Klassen 6, 7 und 9, dass der Herr Minister Busemann endlich den Schuss hört; ein Schüler aus Edewecht klagt über die Arbeitsbelastung durch Unterricht, Hausaufgaben, Referate und Klausurvorbereitung, die ihm keine Zeit für Sport und Erholung lässt, ein Vater aus Jaderberg berichtet von seinem Sohn, der oft "völlig fertig und verzweifelt aus der Schule kommt" und öfter krank ist als früher. Und einige Vereine in Wilhelmshaven konstatieren das Fernbleiben von Schülern und Schülerinnen.

Ob Busemann "den Schuss gehört" hat, wissen wir nicht. Christian Wulff hat ihn gehört und Busemann für die neue Legislaturperiode als Kultusminister abgelöst. "Elisabeth

Heister-Neumann und Bernd Busemann tauschen die Ämter", berichtet die WZ am 15. Februar und schreibt: "In der Fraktion waren häufig Busemanns 'Alleingänge' kritisiert worden. Mit seinem Reformeifer hatte er zudem Lehrer- und Elternverbände verärgert."

Auch den Stadtelternrat Wilhelmshaven. Dessen Vorsitzender Bernd Rahlf gab sich im WZ-Interview am 25. Januar recht moderat ("Weniger wäre manchmal mehr gewesen"), legte den Finger aber entschieden auf einige wunde Punkte. "Es hat in den vergangenen fünf Jahren der CDU-FDP-Koalition in Niedersachsen eine derartige Unmenge an Reformen im Bildungswesen gegeben, dass nicht nur an den Schulen, sondern selbst in den Ministerien und Landesbehörden Land unter war." (Rahlf)

Nun macht Bernd Busemann (Jurist) also in der neuen Legislaturperiode die Justiz, und die ehemalige Justizministerin Heister-Neumann wechselt ins Kultusministerium. Hatte Wulff damals mit Busemanns Ernennung zum Kultusminister den Bock zum Gärtner gemacht? Busemann ist Jurist. Aber die Neue ist ebenfalls Juristin. Was für ein Bock ist eigentlich in der Redewendung gemeint? Ein Ziegenbock? Wird jetzt die Ziege zur Gärtnerin?

Hat sich mit dem schwarzgelben Wahlsieg die Forderung nach den für alle gleichen Bildungschancen erledigt? Nun, schon während der vergangenen Legislaturperiode haben CDU/FDP oft genug ihren Wahlsieg 2003 als "Beweis" dafür bezeichnet, dass die Eltern mehrheitlich mit Selektionsschule usw. einverstanden seien, und das werden sie in den kommenden fünf Jahren weiterhin tun. Andererseits gibt es im Landtag eine große Opposition mit anderen schulpolitischen Vorstellungen, die hoffentlich das Thema nicht ruhen lassen wird.

Und sie hat Argumente. Das neueste ist die Tatsache, dass am 10. Dezember eine integrierte Gesamtschule, nämlich die Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim, zur "besten Schule Deutschlands" gekürt wurde. Und jede Menge alte Argumente wie z.B. das PISA-Abschneiden Finnlands. Da hatte Busemann gegen Ende seiner Amtszeit (als er noch nicht wusste, dass sie sich dem Ende zuneigte) vorgebaut: "Kultusminister Bernd Busemann will den deutschen Pisa-Ausstieg", hieß es am 01. Dezember in der WZ, und in dieser Meldung wurde Busemann mit den Worten zitiert: "Vor lauter Statistiken kommen wir gar nicht mehr zum Arbeiten." Ja, Bernd, und vor lauter Vergleichsarbeiten, Selektieren, Schulinspektion, Turbo-Abi usw. erst recht nicht!

Richtig, zurück zum Turbo-Abi: Die Überbelastung der GymnasiastInnen hat u.a. Christian Wulff zu der Forderung nach einer Entrümpelung der Lehrpläne und einer Reduzierung der Wochenstundenzahl an Gymnasien veranlasst. Da hat Busemann, der nun schon wusste, dass er nicht mehr lange Kultusminister ist, aber aufgeschrien: "Minister um Abi-Niveau besorgt", hieß es am 18. Februar in der WZ, und dass Busemann gegen eine rigorose Ausdünnung des Lehrplans ist.

Übrigens scheint es so, als erweise sich das Turbo-Abi als eine wirksame Werbemaßnahme für die IGS. Bernd Rahlf hat es in dem o.g. Interview angedeutet: "Ich glaube, dass ... im Sommer die Zahl der Wechsler auf die IGS ... deutlich steigen wird." Dort gibt es nämlich

das Abitur nach Klasse 12 nicht, und es ist abzusehen, dass außer vielen Neuntklässlern, die besonders hart dran sind, weil sie die 5. Klasse noch auf einer Orientierungsstufe absolviert haben und gleichzeitig den ersten Jahrgang bilden, der schon in Klasse 12 Abitur machen soll, auch zahlreiche Kinder, die momentan die 4. Klasse besuchen, mit ihrer Gymnasialempfehlung zur IGS drängen werden. Da die IGS Wilhelmshaven aber jedes Jahr viele BewerberInnen abweisen muss, ist es umso nötiger, dass Friesland eine IGS bekommt. Oder zwei - bei der Demonstration des Aktionsbündnisses am 13. Februar in Schortens gab es nicht nur "Gesamtschulplätzchen" und die Aussicht, dass das Neugründungsverbot im April aufgehoben wird, sondern von Olaf Lies auch die Feststellung, dass eine IGS in Friesland nicht ausreichen wird. Der dringende Wunsch der Eltern von Hunderten friesischer Viertklässler, es möge doch zum Schuljahr 2008/2009 schon losgehen, wird jedenfalls kaum mehr erfüllbar sein: Der Kreis beginnt mit den Vorbereitungen erst nach der Gesetzesänderung.

Anette Nowak

Südstadt!!

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken
seit 1913!

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

**WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH**

Frühstücken - Parties - Konzerte

Freitag **GLOOMY FRIDAY**
7.3. EBM - 80's - DarkWave - Gothic - Night

14. März 2008 21 Uhr
DIMPLE MINDS
+ Tinnitus

28. März 2008
VOODOO RHYTHM RECORDS presents:
MAMA ROSIN
(Cajun-Swamp-Blues)
+ Die Fahrt von
Holzminden nach Oldenburg
spielt: **TRIO**

www.kling-klang-whv.de
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen
www.myspace.com/klingklang

Guten Morgen, Wilhelmshaven!

Wilhelmshaven war einer der Schwerpunkttorte der ersten Warnstreiks des Öffentlichen Dienstes. Hier streikten u.a. Reinigungskräfte, Busfahrer, Beschäftigte der Stadtverwaltung und von Bundesbehörden. Kalt war es und noch ziemlich dunkel, als sich am 19. Februar ab 7 Uhr morgens über 200 Streikende vor dem Rathaus versammelten.

Uneingeschränkte Zustimmung fand die Rede von Dieter Kanth, dem Vorsitzenden der ver.di-Fachgruppe Gemeinden:

“Guten Morgen, Wilhelmshaven, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mich hier so umschaue, ist die Zeit scheinbar streikreif. Und es wurde schon lange Zeit, dass wir mit ver.di hier in Wilhelmshaven einmal wieder so richtig Flagge zeigen und streiken! Die Mitgliederversammlungen der letzten Wochen haben es schon angekündigt: Nach jahrelangem Personalabbau, Privatisierungen und Ausgliederungen, Androhungen von betriebsbedingten Kündigungen, Lohn- und Gehaltsabbau und Arbeitszeiterhöhungen im öffentlichen

Dienst sagen die Beschäftigten: Uns reicht's! Jetzt sind wir dran!

Wir fordern mindestens 8% und 200 Euro für alle und die Übernahme aller Auszubildenden. Wir wollen keine Arbeitszeiterhöhungen und wir wollen auch kein Leistungsentgelt, welches Arbeitgeber dann als Nasenprämien an einige wenige verteilen möchten. Wir wollen reale Gehaltserhöhungen für alle und keine Mogelpackungen! Und wir glauben auch nicht, dass für Gehaltserhöhungen kein Geld da ist. Bundesweit und auch hier in Wilhelmshaven sprudeln die Steuereinnahmen. Und das geht in den nächsten Jahren so weiter.

Wann - wenn nicht jetzt - soll denn überhaupt Spielraum sein für eine richtige Lohn-erhöhung? Und Geld ist schließlich genug da. Wie kann sonst der Bundesfinanzminister von einem Tag auf den anderen z.B. für die insolvente private IKB-Bank in Bayern 1,2 Milliarden über den Tisch schieben? Kollegen, so viel würde den Bund ungefähr der gesamte Tarifabschluss kosten. Aber wir müssen dafür möglicherweise wochenlang streiken!

Und wenn dann noch raffgierige Reiche trotz millionenfacher Steuergeschenke immer noch über Scheinkonten in Liechten-

stein den Staat bescheißen, dann ist etwas gewaltig faul im Staate Deutschland. Die kleinen Leute melkt man, und die Großen feiern Sausen!

Wir müssen täglich mehr bezahlen für Mieten, Lebensmittel, Strom und Energiekosten, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzung der Pendlerpauschale. Und deswegen sind unsere Forderungen mehr als berechtigt! Schließlich haben auch unsere Bundestagsabgeordneten sich 9,4% mehr Gehalt verordnet!

Mit diesem Warnstreik geht heute ein deutliches Signal von Wilhelmshaven an die ver.di-Verhandlungskommission, aber auch an die Arbeitgeber: Wilhelmshaven steht und ist kampfbereit! Wir lehnen das vorgelegte Angebot der Arbeitgeber als vollkommen unzureichend ab! Wir werden aber in den nächsten Wochen noch weiter mit den Kolleginnen und Kollegen diskutieren, um für weitere Aktionen zu mobilisieren! Dieser Warnstreik war nur der erste Streich. Und wenn die Arbeitgeber es provozieren wollen, folgt der nächste dann sogleich. In diesem Sinne: Wir sehen uns!“ □

GENUG GESPART!

Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Eine Wilhelmshavener Realschule führt den Namen einer Nazi-Dichterin!

Bisher hat die Auseinandersetzung mit Agnes Miegel noch zu keiner größeren öffentlichen Debatte über Beibehaltung oder Aberkennung des Namens der Realschule im Stadtnorden geführt.

Für uns ist es ein Skandal, dass wir eine Schule nach dieser Nazidichterin benannt haben und nicht bereit sind, diesen Fehler zu korrigieren. Da in der offiziellen Agnes-Miegel-Literatur ihre Nazi-Gedichte nicht genannt werden, hier noch ein Gedicht von ihr:

Dem Führer!

*Von der Feinde Fängen fast vernichtet,
Adler, seiner Schwingenkraft beraubt,
der auf Flug und Freiheit schon verzichtet,
lagst du, Deutschland, blutend und bestaubt,
- als sein großes Herz an dich geglaubt!*

*Aus dir, Volk, wie wenn die Nacht sich lichtet,
Meereswoege hebt verhülltes Bild,
stieg er auf.*

*Und seines Namens Schild
Hat er schirmend vor dir aufgerichtet.*

*Neid hat er und Bruderhaß gestillt.
Unsere Herzen, hart von Not und Krieg,
hat mit seinen glühenden, glaubensvollen
Worten er durchpflügt wie Ackerschollen,
bis ein neuer Frühling aus uns stieg.*

*Unsre Stirnen, die so tief geneigt,
richteten sich auf bei seinem Nahn,
und wir sahn
wie Erwachende, von ihm gezeigt,
ew'ger Sterne Unvergänglichkeit
und das Frührot einer neuen Zeit.*

*Erde, wie ein Witwenschoß verdorrte,
mütterliche Erde, neu verehrt,
trug, verjüngt von seinem Worte,
Korn und Kinder.*

*Und er gab der Schönen
Herd und Spindel wieder.*

*Gab den Söhnen
Wieder aus vergessnem Väterhorte
In die Hand den Spaten und das Schwert!*

*Und er lehrte dich, o Volk, erkennen:
Du bist aller Zukunft Herz und Pfand!
Wenn aus deinem First die Flammen steigen,
wird des weißen Mannes Welt entbrennen,
wenn sich deine Sonnenfahnen neigen,
sinkt die Nacht über das Abendland! - -*

*Laß in deine Hand,
Führer! uns vor aller Welt bekennen:
Du und wir,*

*nie mehr zu trennen,
stehen ein für unser Vaterland!*



WählerInnengemeinschaft für
Arbeit und soziale Gerechtigkeit
linke alternative wilhelmshaven



Gemeinsam stark,
für soziale Gerechtigkeit!